



So könnte die Haltestelle der Stadtreregionalbahn in Flintbek aussehen.

Visualisierung Stadtreregionalbahn

Regionalbahn auf Kosten der Gemeinden?

Nutzerkommunen sollen mögliche SRB mitfinanzieren – ÖPNV-Konzept für Region

Regionalbahn auf Kosten der Gemeinden?

Nutzerkommunen sollen mögliche SRB mitfinanzieren – ÖPNV-Konzept für Region

Kronshagen/Melsdorf/Flintbek. Es ist eine Riesenchance. Das Projekt StadtRegionalBahn (SRB) könnte den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ab 2019 flotter machen und Kiel mit der Region besser vernetzen. 160 Millionen Euro an Fördergeldern würden in den Norden fließen, um die Zukunft auf stauunabhängigen Schienen zu gestalten. Ob es dazu kommt, hängt auch von den Kommunen ab. Sie sollen sich nun aber finanziell erheblich mehr beteiligen.

Von Torsten Müller

Die Idee begeistert Flintbeks Bürgermeister Horst-Dieter Lorenzen schon seit zehn Jahren: noch mehr Menschen in die Bahn zu bekommen, denn die braucht nur acht Minuten nach Kiel, während die Busfahrt 20 Minuten dauert. Die SRB will noch mehr: Mit neuen Bahnen und neuem Konzept sollen Strecken zwischen Fläche, Zentrum und Fläche ohne Umstieg am Kieler Bahnhof und mit kurzen Taktzeiten bewältigt werden – von Neumünster über Kiel bis Schönberg, Eckernförde oder Plön in einem Rutsch? Wer wäre nicht dafür? Das Nachdenken über neue Konzepte ist sinnvoll und notwendig. Prognosen bis 2020 sagen voraus, dass die Fahrgastzahlen beim jetzigen regionalen ÖPNV-Konzept zurückgehen, wenn nichts verändert wird. Weniger

Nachfrage – höhere Preise und eingeschränktes Angebot. Folge: noch mehr Autoverkehr, Stau und Zeitverluste.

So viel zur Vision: Doch wie immer liegt der Teufel im Detail. Auf 350 Millionen Euro werden die Kosten des gesamten Projektes geschätzt. Den größten Anteil müsste die Stadt Kiel stemmen. Sie profitiert am stärksten von dem Regionalverbund auf Schienen. Doch auch die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön werden zur Kasse gebeten. In der Rendsburger Kreisverwaltung beziffert man den jährlichen Anteil an der Defizitabdeckung auf 3,7 Millionen Euro plus X. Die noch unbekannteste Größe steht für den zu finanzierenden Gewinn des voraussichtlich privaten Betreibers.

Obwohl die Verkehrsinfrastruktur eine Aufgabe des Kreises ist, hat dessen Um-

welt-, Verkehrs- und Bauausschuss Ende Januar angesichts großer Haushaltslücken die Reißleine gezogen und die Lasten verschoben. Die Nutznießergemeinden sollen nun den Löwenanteil der Kosten tragen („deutlich mehr als 50 Prozent“). Argument: Das neue ÖPNV-Angebot komme nicht dem gesamten Kreis zugute. In den betroffenen Ämtern und Gemeinden fragt man sich, ob dies künftig auch bei anderen Investitionen, Fehlbetragsabdeckungen und Zuwendungen berücksichtigt werde.

Der Nutzen der Schienen ist schwer einzuschätzen – Beispiel: Kronshagen. Die SRB-Strecke tangiert die Gemeinde nur. Die neu zu bauende Bahntrasse soll über den Skandiaviendamm nach Melsdorf verlaufen. Eine Variante durch Kronshagen (Kieler Straße/Claus-Sinjen-Straße) wurde bereits in einem frühen Planstadium verworfen. Doch welcher Kronshagener wird schon auf Kieler Gebiet an den geplanten Haltestellen Königstein oder Wittland zusteigen? Auf Melsdorf würden durch die SRB sogar gleich zwei Bahnstrecken zu laufen, obwohl man dort schon mit einem einfachen

Haltepunkt der Regionalbahn zufrieden wäre.

Im Kronshagener Rathaus rechnet man damit, dass die Gemeinde für das Zukunftsprojekt etwa 300000 Euro jährlich zu schultern hätte; für das Amt Achterwehr könnten es 285000 Euro sein – viel Moos für Kommunen in Zeiten der Finanzkrise. Doch die Gemeinden sind in der Zwickmühle: Wenn sie aufgrund der neu verteilten Kostenlast „nein“ sagen, bekommen sie den Schwarzen Peter bei einem möglichen Scheitern des Schienenprojektes zugeschoben.

Am Montag, 7. März, will die Stadt Kiel mit den Gutachtern noch einmal vor großem Publikum die Werbetrömmeln rühren. Zahlreiche Vertreter von Gemeinden und Ämtern sind nach Gettorf ins Hotel „Stadt Hamburg“ zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. In Flintbek hat bereits FDP-Fraktionschefin Regine Schlegelberger Erfurt in einer Presseerklärung eindeutig Stellung bezogen. Angesichts der hohen Kosten der SRB forderte sie: Es „sollte jetzt endlich Schluss damit sein, Geld in illusorischen Projekten zu versenken“.